



Gewalt gegen soziale und religiöse Minderheiten

Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten gegen soziale und religiöse Minderheiten sind im heutigen Indien nahezu alltäglich. So wurden während der letzten fünf Jahre allein in den Bundesstaaten Madhya Pradesh und Uttar Pradesh mehr als 45.000 Überfälle und Gewalttätigkeiten gegen Angehörige der niederen Kasten (Scheduled Castes) registriert. Der folgende Artikel greift einen solchen Vorfall auf und versucht an diesem Beispiel, die Hintergründe einer scheinbar endlosen Spirale der Gewalt, die zu immer unvorstellbareren Grausamkeiten führt, zu erhellen.

Schauplatz des Vorfalles, von dem hier berichtet werden soll, ist das Dorf Tsundur im Guntur District des Bundesstaates Andhra Pradesh. Ein eher trivialer Zwischenfall im Kino des Dorfes entzündete die Lunte eines sozio-ökonomischen Pulverfasses, das bis dahin unter der eher friedlichen Oberfläche eines durch Reisanbau zu bescheidenem Wohlstand gelangten Dorfes verborgen lag. Wie in den meisten indischen Dörfern auch heute noch üblich, leben die verschiedenen Kasten in deutlich voneinander getrennten Wohnvierteln. Die größte und aufgrund ihres Landbesitzes dominante Kaste des Gebietes sind die in der sozialen Hierarchie des Dorfes ganz oben stehenden Reddys, die im Osten des Dorfes leben. Der soziale Abstand zu den Angehörigen der niederen Kasten (Harijans bzw. Scheduled Castes) findet seine räumliche Entsprechung in der Lage ihrer Wohnungen im Westen des Dorfes. Als zumeist landlose Landarbeiter verdienen sie sich, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, in der Regel auf den Feldern der Reddys.

Ein Besuch von drei Harijanjugendlichen im Kino des Ortes war der Auslöser für ein Massaker, das kürzlich mindestens acht Harijans das Leben kostete. Als einer der drei Jugendlichen es sich in seinem Kinossessel bequem machen wollte, streifte er mit seinen Beinen Kopf und Schultern eines vor ihm sitzenden Reddys. Es kam zu einem Wortgefecht zwischen den beiden, das in einer Schlägerei endete. Die Reddys sahen in diesem Vorfall einen Angriff auf ihre Autorität und fürchteten um ihr Ansehen im Dorf. Am folgenden Tag nahmen sie daher zunächst den Vater des Jungen als Geisel. Als der Sohn sich ihnen stellte, um seinen Vater zu befreien, wurde er an einen Pfahl gebunden und schwer mißhandelt.

Hätten sich die Harijans noch bis vor wenigen Jahren eine solche Behandlung widerstandslos gefallen lassen, so waren sie diesmal nicht mehr bereit, die Mißhandlungen und Demütigungen eines der Ihren auf sich beruhen zu lassen. Mehrere Zwischenfälle folgten, in deren Verlauf die Spannungen zwischen den beiden Gruppen stieg und die Härte der Auseinandersetzungen ständig zunahm. Einige, Reddyfrauen beschwerten sich, ihre Töchter würden von Harijanjugendlichen belästigt. Aufgrund dieser und anderer Beschwerden der Reddys und angesichts der allmählichen Zuspitzung der Situation

in Tsundur richtete die Polizei einen ständigen Posten ein und erließ Vorschriften zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung.

Dennoch gelang es einigen aus der Reddy-Kaste, nachdem deren Frauen von Harijans belästigt worden waren, einen Ladeninhaber der Harijans zu erstechen. Bei einem Gegenschlag von Harijans wurden dann mehrere Reddys durch Messerstiche verletzt. Für die Reddys war das der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Zusammen mit Angehörigen anderer hoher Kasten aus fünf Nachbardörfern entwickelten sie einen Schlachtplan zur endgültigen Lösung ihres Problems: zunächst sammelten sie Geld, um die örtlichen Polizeibeamten zu bestechen, dann sammelten sie Waffen, um sich für einen Angriff auf die Harijans zu wappnen.

Genau vier Wochen nach dem Zwischenfall im Kino führte die Polizei auf Veranlassung der Reddys im Viertel der Harijans eine Razzia durch, um, wie sie vorgaben, ihren Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Ordnung Nachdruck zu verleihen. Aus Angst vor Verhaftungen flohen die meisten Männer der Harijans in die nahegelegenen Felder, wo sie jedoch von den Reddys und ihren Verbündeten aus den Nachbardörfern erwartet wurden. Was nun folgte war eine regelrechte Jagd auf die Harijans, bei der gnadenlos getötet wurde. Fünf Stunden lang dauerte das Massaker, am Abend des Tages wurden acht Leichen aus einem nahen Bewässerungskanal geborgen, 13 weitere Harijans werden vermißt. Es wird vermutet, daß ihre Leichen ins nahe gelegene Meer geworfen wurden.

Die 60 Mann starke Polizeitruppe, die am Morgen des Tages nach Tsundur gekommen war, sah diesem Morden tatenlos zu. Ihrem Vorgesetzten, d.h. dem District Collector, erstatteten sie erst einen Tag nach dem Überfall Bericht von dem Geschehen. Kaum drangen jedoch erste Nachrichten über das Massaker an die Öffentlichkeit, als auch schon die ersten Politiker, angeführt von Ministerpräsident N.J. Reddy (Chiefminister des Bundesstaates) und seinem Amtsvorgänger und Führer der Opposition, N.T. Rama Rao, an den Ort des Geschehens eilten. Als sie jedoch die Angehörigen der Opfer, die in der nahegelegenen Kirche der Heilsarmee Unterschlupf gefunden hatten, besuchen wollten, bekamen sie

deren ganze Wut, Trauer und Frustration leibhaftig zu spüren. Reddy flüchtete sich in einen anderen Teil der Kirche, als sein Wagen mit Steinen und Schmutz beworfen wurde; N.T. Rama Rao konnte sein Auto nicht einmal verlassen. Beiden Politikern gelang es erst zwei Tage später, bis nach Tsundur zu gelangen und dort mit den Angehörigen der Opfer zu sprechen. Reddy versprach den betroffenen Familien jeweils eine Summe von 100.000 Rupien sowie ein Stück fruchtbares Land als Entschädigung. Den Tätern drohte er die Konfiszierung ihres gesamten Besitzes an, falls sie sich nicht innerhalb von drei Tagen der Polizei stellen würden.

Bezeichnenderweise zeigten sich die Opfer des Überfalls von diesen Politikerversprechen wenig begeistert, sind doch die Täter eines ähnlichen Überfalls, der sich vor

Mitarbeiter des Führers der 'Peoples War Group', der von Zeugen in Tsundur gesehen wurde, mit der Aussage zitiert, "die Brandstiftungen und Plünderungen sind als Vergeltungsmaßnahmen für das Erlittene gerechtfertigt". Jeder Dalit (Angehöriger einer niederen Kaste) hungere nach Vergeltung. Gleichzeitig kündigte er die Gründung einer 'Dalit-Self-Protecting-Force' an.

Während die Polizei so die angeblichen Anstifter des Vergeltungsschlages der Harijans recht schnell benennen konnte, steht jedoch zu befürchten, daß die eigentlichen Urheber der Auseinandersetzungen, die Mörder der Dalits aus Tsundur ungestraft davonkommen. Diese pessimistische Einschätzung wird durch die Ereignisse und Entwicklungen der letzten Monate bestätigt.



Die Polizei spielte eine negative Rolle in Tsundur (Foto: 'Frontline')

sechs Jahren in der Nähe ereignete und bei dem sechs Harijans getötet wurden, bis heute nicht rechtskräftig verurteilt. Sie verlangen von den Politikern Gerechtigkeit und keine Almosen.

Wie wenig Vertrauen die Harijans den Versprechungen und Beteuerungen der Politiker schenken, wurde zwei Tage später bei der Beerdigung der acht geborgenen Toten deutlich. Als der Trauerzug Tsundur erreichte, begann ein Teil der Harijans, trotz der Anwesenheit eines großen Polizeiaufgebotes, in den Wohngebieten der Reddys zu plündern und Brände zu legen. Während die Polizei von der aufgebrachten Menge in Schach gehalten wurde, wurden zwei Reddys von den Harijans getötet, über 60 Hütten und Häuser gingen in Flammen auf.

Die Polizei geht davon aus, daß die Harijans von Extremisten der Naxaliten zu diesem Vergeltungsschlag angestiftet und aufgehetzt wurden. So wird ein ehemaliger

Um ihren Forderungen nach einer strafrechtlichen Verfolgung der Urheber des Massakers Nachdruck zu verleihen, gründeten die Opfer des Überfalls das 'Tsundur Dalit Victims Struggle Committee'. Zu dessen Forderungen zählt u.a. auch die Bestrafung der Polizeibeamten, die zum Zeitpunkt des Massakers im Dienst waren. Die Harijans können sich mit dieser Forderung auf ein 'Gesetz zur Verhinderung von Gewalttätigkeiten' ('Scheduled Castes, Scheduled Tribes Act' von 1989) berufen, wonach Polizisten, die während solcher Ausschreitungen im Dienst sind und diese nicht verhindern, verhaftet werden können. Solange die betreffenden Polizisten nicht bestraft sind, so das Komitee, werden keinerlei finanzielle oder andere Entschädigungsleistungen akzeptiert und die Protestaktionen fortgesetzt.

Zu diesen Protestaktionen gehörte auch ein unbefristeter Hungerstreik, den zwei Komiteemitglieder im September begannen, um ihren Forderungen mehr Nachdruck zu

verleihen. Unter dem Vorwand, die Gesundheit der beiden Hungerstreikenden schützen zu wollen, überfiel die Polizei das vom Komitee errichtete Lager und nahm die Streikenden fest. Deren Fastenaktion wurde unmittelbar im Anschluß an diese Polizeiaktion von zwei weiteren Komiteemitgliedern fortgesetzt - bis zum 10. September. An diesem Tag umstellte eine 600 Mann starke Polizeieinheit das Protestlager. Unter massivem Schlagstockeinsatz, bei dem auch Frauen und Kinder nicht verschont wurden, verhafteten sie die Fastenden. Angeführt von den beiden Polizeioffizieren, die auch schon vorher die Leitung der Polizeiaktion übernommen hatten, schreckte die Polizei diesmal auch nicht vor dem Einsatz von Schußwaffen zurück. Anil Kumar, ein 24 Jahre alter Student, zweiter Vorsitzender des Komitees und einer der wichtigsten Augenzeugen des Massakers, wurde von einer Polizeikugel in den Rücken getroffen - eine Tatsache, die die Notwehrthese der Polizei recht zweifelhaft erscheinen läßt. Als die Eltern und andere Angehörige Anil ins nächste Krankenhaus transportieren wollten, wurden sie von der Polizei gestoppt und brutal zusammengeschlagen. Erst danach konnte Anil ins Krankenhaus nach Tenali gebracht werden, wo man dann nur noch seinen Tod feststellen konnte.

Nun erst fanden erste Gespräche zwischen Regierungsvertretern und dem Komitee statt. Dabei wurden jedoch die Forderungen der Dalits nach einer Bestrafung der beteiligten Polizisten und der Entlassung der beiden leitenden Polizeioffiziere strikt abgelehnt.

Noch sind zurückschlagende und Vergeltung üübende Harijans eher die Ausnahme, sind sie es doch, die in der Regel Opfer solch brutaler Anschläge sind. Für die indische Zentralregierung ebenso wie für die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten könnte Tsunduru jedoch eine neuerliche Mahnung sein, daß Harijans nicht länger bereit sind, ihre Unterdrückung durch die höheren, dominanten Kasten widerstandslos hinzu nehmen. Die Dalits aus Tsunduru jedenfalls treten weiterhin für ihre Rechte ein. Mit Demonstrationen und Protestaktionen auch in Delhi wollen sie in Zusammenarbeit mit anderen Dalitorganisationen auf ihren Fall landesweit aufmerksam machen.

Die Vorfälle in Tsunduru belegen - wie so viele andere, ähnliche Zwischenfälle auch - wieder einmal in aller Schärfe, daß auch 40 Jahre nach der Befreiung Indiens von der britischen Vorherrschaft, die traditionellen, feudalistisch-hinduistischen Praktiken des Kastenwesens, insbesondere die 'Unberührbarkeit', nach wie vor eine entscheidende Determinante der sozio-ökonomischen Struktur der indischen Gesellschaft sind. Und das trotz der seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zunehmenden politischen Mobilisierung der 'unterdrückten Klassen' (Dalit = Unterdrückter).

Schon in den dreißiger Jahren gestanden ihnen die Briten eine feste Quote in den damaligen legislativen Versammlungen, an den Universitäten und in der Verwaltung zu. Eine entscheidende Rolle bei der weiteren Politisierung der Scheduled Castes/Scheduled Tribes

spielte B.R. Ambedkar, dem es in der indischen Unabhängigkeitsbewegung gelang, die antiimperialistischen Freiheitsideen mit dem Streben nach der Beendigung sozio-ökonomischer, durch das Kastenwesen legitimierter, Unterdrückungsmechanismen innerhalb der indischen Gesellschaft zu verbinden. Als einem der Hauptarchitekten der indischen Verfassung ist es nicht zuletzt ihm zu verdanken, daß die Praktiken der 'Unberührbarkeit' verfassungsrechtlich verboten wurden. Sein Beitrag zur Politisierung der Scheduled Castes/Scheduled Tribes ist so groß, daß sich auch heute noch eine Vielzahl sozialer Aktionsgruppen, die sich um eine Veränderung der sozio-ökonomischen Situation der Harijans bemühen, auf ihn berufen.

Einen wichtigen Beitrag im Ringen der Harijans um größeren Einfluß in der indischen Gesellschaft, leisteten in den siebziger Jahren die 'Dalit Panther'. Auch wenn es sich hier um einen eher kurzlebigen kollektiven Versuch handelte, sozialen Wandel zu initiieren, darf der Einfluß der 'Dalit Panther' auf die politische Geschichte Indiens nicht unterschätzt werden. Sie haben den Mythos von den passiven, willenslosen Harijans gründlich zerstört, indem sie damit begannen, diese zu organisieren und zu mobilisieren.

Sie initiierten eine Debatte über die Zusammenhänge zwischen Kaste und Klasse, die bis heute anhält, opponierten gegen die militante, hindu-chauvinistische 'Shiv Sena' und schufen wohl zum erstenmal so etwas wie ein kollektives 'Dalit-Bewußtsein'. Die Koordinierung der massenhaften Mobilisierung der Dalits durch die 'Panther' führte zu politischen Zugeständnissen der dominanten sozialen Gruppen. So wurden die Quoten für Scheduled Castes/Scheduled Tribes insbesondere im öffentlichen Dienst erhöht und eine Reihe von Programmen zur finanziellen Unterstützung und materiellen Förderung von Dalits ins Leben gerufen.

In dem Maße jedoch, in dem sich die unterdrückten Klassen gegen ihre Unterdrückung und Ausbeutung auflehnen und die traditionellen Machtstrukturen zu bröckeln beginnen, werden die Reaktionen auf dieses gewachsene Selbstbewußtsein der 'Unberührbaren' zunehmend gewalttätiger und brutaler. So ereignen sich die meisten Gewalttaten gegen sie in Gebieten, wo sie beginnen, sich gegen die feudalistische Unterdrückung durch die höheren Kasten zu wehren. In jedem Dorf ist zum Beispiel bekannt, wie sich die Scheduled Castes bei den letzten Wahlen verhalten haben. So lange sie ihr Wahlverhalten an den Interessen der 'Landlords' ausrichten, gibt es keinen Ärger. Doch je mehr sie sich ihrer sozio-ökonomischen Situation bewußt werden, desto größer wird ihr Widerstand gegen ihre Abhängigkeit von den dominanten Kasten.

Hier liegt ein Hauptgrund für die Anwendung zunehmend gewalttätiger, repressiver Maßnahmen gegen Scheduled Castes durch die dominanten Kasten - besonders dann, wenn die Harijans in der betreffenden Gegend in der Minderheit sind und die lokalen Behörden eher die Interessen der dominanten Kasten repräsentieren und wahren.

1986 1987 1988

1989

1990

Bihar	1633	1271	1297
Gujarat	649	727	665
Madhya Pradesh	4421	2879	3764
Rajasthan	1481	1465	1572
Tamil Nadu	758	650	709
Uttar Pradesh	4697	4348	4755



997	Aug 507
593	788
4226	5210
1588	1373
409	502
5195	6096

Die Gewalt gegen 'Harijans' in Indien steigt stetig (aus: 'Week', 25.8.91)

Es ist eine Art Teufelskreis. Zunächst bestehen die 'Landlords' auf ihren Landrechten und verbieten den Scheduled Castes die Felder zu bestellen. Dann beginnen die Scheduled Castes administrative und legale Mittel zu nutzen, um die ihnen zustehenden Rechte in Anspruch zu nehmen.

Die Grundbucheintragungen sind in ganz Indien recht unvollständig und weisen große Lücken auf. Landstreitigkeiten können so eigentlich nur nach neuen Landvermessungen gelöst werden. In Bihar, dem Bundesstaat mit den meisten Landstreitigkeiten, gibt es nicht einmal Ansätze von Grundbucheintragungen. Um solche Auseinandersetzungen zu regeln ist also enormer politischer Wille vonnöten. Seit der Herrschaft der Briten sind Landstreitigkeiten in der Regel zu Gunsten der Mächtigen entschieden worden - ein Beleg dafür, wie wenig die Rechte der Scheduled Castes/Scheduled Tribes respektiert werden und wie wenig sie in der Lage sind, die ihnen zustehenden Rechte auch zu verwirklichen. Zum Teil ist dafür auch das Wahlsystem verantwortlich. Es gibt Dörfer, in denen seit den ersten Wahlen nach der Unabhängigkeit noch kein Harijan ein Wahllokal von innen gesehen hat, obwohl alle Wählerlisten das Gegenteil zu beweisen scheinen.

Aufgrund der Reservierungspolitik befinden sich immer zahlreiche Abgeordnete aus der Gruppe der Scheduled Castes und Tribes in den Parlamenten. Trotzdem sehen sie sich kaum in der Lage, die Interessen derer adäquat zu vertreten, die den niederen Kasten angehören. Ihre Position in den politischen Parteien ähnelt denen eines Schuldknechts ('bonded labourer'): Versuchen sie unabhängiger und eigenständiger Positionen und Meinungen zu vertreten, geraten sie schnell ins politische Abseits ihrer Parteien. Da sie kaum über eigene finanzielle Mittel für den Wahlkampf verfügen, hängen sie völlig von den dominanten Klassen und damit von ihren Parteiführern ab.

Bessere Ausbildung hat unter den Scheduled Castes zu einem höheren Selbstbewusstsein und damit zu einer bestimmteren Haltung bei der Anmeldung ihrer Ansprüche geführt. Eine Entwicklung, die die dominanten Kasten entgegenwirken. Hier liegt ein weiterer Grund für die wachsende Militanz von Harijans in Bihar und Andhra Pradesh. Nach der Unabhängigkeit verloren zum Beispiel die 'Tribals' - die Basis ihrer traditionellen Wirtschafts- und Reproduktionsweise, die Wälder, die sich nun als Regierungseigentum in den Händen korrupter

Beamter befinden. So haben sie nach der Unabhängigkeit einerseits ihre bisherigen Lebensgrundlagen verloren, andererseits werden sie heute von den 'Landlords' ausgebeutet. In Teilen Madhya Pradesh ist es für Beamte auch heute noch durchaus üblich, mit jungen Tribal-mädchen in 'wilder Ehe' zusammenzuleben und sie dann wieder zu verstoßen.

So wurden Tribalgebiete zu Regionen, in denen Extremismus besonders gedieh. Das wenige, was sie als Tribals von Rechten und Gesetzen, von der Staatsgewalt erfahren haben, war in der Regel gegen sie gerichtet. Die einzige Möglichkeit, extremistische Tendenzen unter den solchermaßen marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen einzuschränken und ihre weitere Militarisierung zu verhindern, wäre, ihre wirtschaftliche und damit soziale Situation deutlich zu verbessern. Dazu ist es unbedingt erforderlich, ihre verfassungsmäßigen Rechte endlich politisch durchzusetzen und Scheduled Castes und Tribes verstärkt an politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

Solange es jedoch aus polit-taktischen und machtpolitischen Gründen bei reinen Lippenbekenntnissen der Mächtigen bleibt, drohen Auseinandersetzungen, wie die in Tsundur, an Schärfe ständig zuzunehmen. Unterstützt wird diese Entwicklung durch die Kriminalisierung verschiedener Dalitgruppen, die sich aktiv für einen sozio-ökonomischen Strukturwandel einsetzen und das Verhalten der Gesetzgebung und Polizei diesen Gruppen gegenüber, wenn es zu Konflikten zwischen verschiedenen Kasten kommt. Das auf Konfrontation ausgerichtete Vorgehen der indischen Behörden gegen schwache, marginalisierte Gruppen, die ihre eigene Lebenssituation verbessern wollen (das Vorgehen gegen die Sikhs im Punjab ist ein weiteres Beispiel für diesen Konfrontationskurs) kann nicht zu einem Abbau der Spannung zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen beitragen, sondern wird eine weitere Radikalisierung der politischen Bewegungen in Indien bewirken. Die Ereignissen in Tsundur, die Auseinandersetzungen um die Ausweitung der Reservierungsquoten für Stellen im öffentlichen Dienst im August 1990, die zunehmende Militanz einiger Dalitgruppen und naxalitischer Elemente in Bihar, Madhya Pradesh und Andhra Pradesh sowie der wachsende hindufundamentalistische Einfluß in der politischen Landschaft Indiens können jedenfalls als Indiz für eine solche Entwicklung gewertet werden. Theo Ebberts